André Poggenburg: Bertelsmann-Fake-Studie als Wahlkampfinstrument? - Medien übernehmen Bertelsmann-Propaganda ungeprüft!
Unwissenschaftlich

Magdeburg, 28. August 2017. Die Bertelsmann-Stiftung hat eine neue Studie veröffentlicht. Laut diesem "Religionsmonitor" seien Muslime in Deutschland hervorragend integriert, kaum arbeitslos und fühlen sich "Deutschland verbunden". Alle wichtigen Medien und auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk haben diese Studie in ihrer Berichterstattung kritiklos übernommen und die angeblich so wunderbare Integrationsleistung von Muslimen in Deutschland vermeldet. Tatsächlich ist die Studie haltlos, wie das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln festgestellt hat. Die Ergebnisse des "Religionsmonitors" decken sich auch nicht mit den Daten des Statistischen Bundesamtes und der Arbeitsagentur. De facto widerspricht die Studie in praktisch allen Bereichen der Realität.

Dazu sagte André Poggenburg, AfD-Bundesvorstandsmitglied, AfD-Landtags- und Fraktionsvorsitzender in Sachsen-Anhalt: "Alles an dieser Studie ist fragwürdig: die Datengrundlage, die Herangehensweise und die Auswertung, alles widerspricht den Fakten und dem realen Erleben unserer Bürger. Die Inhalte des Bertelsmann-Religionsmonitors sind reine ?Fake News?, die unseren Bürgern eine politische gewollte Botschaft diktieren sollen. Entweder hat sich die Bertelsmann-Stiftung zu Wahlkampfzwecken missbrauchen lassen oder sie macht gemeinsame Sache mit der Bundesregierung, die deutsche Bürger für dumm verkauft und damit nichts anderes als Propaganda betreibt. In jedem Fall ist die Glaubwürdigkeit der Stiftung mit dieser Fake-Studie nun restlos dahin. Ebenso bezeichnend ist es, dass fast alle angeblich qualitativ hochwertigen Zeitungen, Magazine und der öffentlich-rechtliche Rundfunkt willfährig die ?Ergebnisse? der Bertelsmann-Stiftung übernommen haben. Dabei wurden weder der Wahrheitsgehalt hinterfragt noch die profunden methodischen und inhaltlichen Fehler irgendwie überprüft. Wir dürfen bei den sogenannten Qualitätsmedien auf eine Richtigstellung der unkritisch übernommenen Ergebnisse dieser Fake-Studie hoffen, alles andere wäre sonst nur noch als Boulevardjournalismus zu bezeichnen."

www.afdtelevision.de

André Poggenburg [AfD]: "Wir setzen auf eine mehrjährige Minus-Einwanderung"
www.youtube.com/watch?v=sn48Q9Pj4S4

Pressekontakt

Alternative für Deutschland (AfD)

Herr Christian Lüth
Schillstraße 9
10785 Berlin

https://afd.de/presse/
christian.lueth@alternativefuer.de

Firmenkontakt

Alternative für Deutschland

Frau Dr. Frauke Petry und Prof. Dr. Jörg Meuthen
Schillstr. 9
10785 Berlin

https://afd.de
bgs@alternativefuer.de

Die am 6. Februar 2013 gegründete politische Partei Alternative für Deutschland ist in 2017 im Europaparlament und in 13 von 16 Landesparlamenten vertreten. Die Jugendorganisation heißt Junge Alternative, die Zeitung AfD Kompakt und die parteinahe Stiftung Desiderius-Erasmus-Stiftung.

Als freie Bürger treten die AfD-Mitglieder für direkte Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sowie soziale Marktwirtschaft, Föderalismus, Familienförderung und die gelebten Traditionen deutscher Kultur ein. In der Nachfolge der beiden Revolutionen von 1848 und 1989 artikulieren sie mit ihrem bürgerlichen Protest den Willen, die nationale Einheit in Freiheit zu vollenden und ein Europa zu schaffen, dessen souveräne demokratische Staaten einander in Frieden, Selbstbestimmung und guter Nachbarschaft verbunden sind.

Die AfD setzt sich dafür ein, Volksentscheide in Anlehnung an das Schweizer Vorbild auch in Deutschland einzuführen.

Die verdeckte Parteienfinanzierung, zum Beispiel durch Stiftungen, ist gänzlich aus dem Ruder gelaufen und macht mittlerweile jährlich etwa 600 Millionen Euro aus. Das entspricht dem Vierfachen der eigentlichen verfassungsgerichtlich aus gutem Grund beschränkten Parteienfinanzierung. Die AfD will daher, dass die gesamte staatliche Parteienfinanzierung auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt und begrenzt wird.

Die AfD strebt eine Neugestaltung des Wahlsystems an, die dem Wähler die Entscheidung über die personelle Zusammensetzung der Parlamente zurückgeben und das "freie Mandat" der Abgeordneten stärken soll. Die Parteimitglieder treten für die "freie Listenwahl" bei Landtags- und Bundestagswahlen ein, die unter anderem die Stimmverteilung auf mehrere Kandidaten oder das Streichen einzelner Kandidaten ermöglicht.

Um die Wahl des Bundespräsidenten transparenter und unabhängiger von Parteien durchführen zu können, wollen sie den Bundespräsidenten direkt durch das Volk wählen lassen.

Während Steuerhinterziehung auch bei vergleichsweise kleinen Beträgen in Deutschland verfolgt und bestraft wird, bleibt die ebenso das Gemeinwohl schädigende Steuerverschwendung straffrei. Die AfD will daher einen neuen Straftatbestand der Haushaltsuntreue einführen.

Anlage: Bild